

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Redaktion: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1926 bei täglich wöchentlichem Zustellung im Hause 1,80 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., überhalb 20 Pf., bis 90 mm breite Zeile 40 Pf., überhalb 30 Pf. Oberer Teil 10 Pf. Zusatzgebühr 10 Pf. Zusatz für Nachtzeit.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Herausgeber: 38/42
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Arbeit 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachrichten“ urheberrechtlich geschützt. Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt.

Neue Schikanen der Botschafter-Konferenz.

Einspruch gegen die Zahl der Schupo-Besatzungen in den geräumten Städten des Rheinlandes. Gilberts ewig lächelnder Optimismus über den Dawes-Plan. — Englische Einwände gegen einen ständigen Ratsfisch Polens und Brasiliens.

Zu viel deutsche Schupo im Rheinlande!

Berlin, 12. Febr. Von den vier Hundertstücken Schupo, die nach der Räumung nach Köln abkommandiert wurden, sind erst drei dort eingetroffen. Zwei sind in Berlin und eine aus Mittelhessen. Die vierte Hundertstück, die nach Köln abgehen sollte, ist die erste Hundertstück der Kasseler Schupo, die noch auf den Marschfeld wartet.
Die nun aus Kassel verläutelt, ist die Marschorder verändert worden, weil die Botschafterkonferenz Einspruch erhoben haben soll. Dieser Einspruch wird damit begründet, daß Deutschland die neuweit der Grenze befindlichen Städte zu stark mit Polizei besetze. — Hierzu wird mitgeteilt, daß darüber Verhandlungen mit den Alliierten im Gange, aber noch nicht abgeschlossen sind. Die Besetzung der Rheinlande wird nur nach rein polizeitechnischen Gesichtspunkten vorgenommen. Daß Großstädte, wie Köln, mehr Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung haben müssen, wie kleine Landstädte, ist selbstverständlich.

Parker Gilbert über Deutschlands Reparationsleistungen.

Paris, 12. Febr. Parker Gilbert ist gestern nach Berlin abgereist. Vor seiner Abreise drückte er einem Vertreter des „Excelsior“ seine Besorgnisse über die Entwicklung der deutschen Reparationsleistungen während der letzten 18 Monate aus und erklärte, daß er optimistisch sei, ohne über die Zukunft des Dawes-Planes prophetischen zu wagen. Die letzte Jahresleistung sei zwar durch die 800-Millionen-Goldmark-Anleihe erheblich erleichtert worden, aber die Wiederherstellung der deutschen Finanzen sei eine Last, die die gegenwärtigen Schwierigkeiten übersteigen werde.
Die Stimmen der deutschen Presse gegen den Dawes-Plan schienen durch Erwägungen der inneren Politik

und des Parteikampfes distanziert zu sein. Die deutsche Regierung sei dafür nicht verantwortlich. Ueber die Möglichkeit einer Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen gab Gilbert keine bestimmte Erklärung. Der Vertreter des „Excelsior“ hatte aber den Eindruck, der Reparationsagent halte die gegenwärtige Lage des Marktes für eine derartige Operation für wenig günstig. Die Obligationen seien eine wertvolle Reserve für spätere Zahlungen. (Z. 11.)

Oberst House über seine Besprechungen mit dem Kaiser.

Paris, 12. Februar. In seinen Memoiren, die im „New York Herald“ und im „Zeit Pariser“ erschienen, berichtet Oberst House nunmehr über seine Mission in Berlin. Im Mai 1918 habe er auf einem Frühstück beim Grafen Bernstorff eine Einigung zwischen Amerika, England, Deutschland und Japan angedeutet. In seinem größten Erstaunen sei der Botschafter auf diesen Vorschlag eingegangen. Im November 1918 sei Lord Grey nach Amerika gekommen und habe ihm geraten, nach Deutschland zu gehen und eine Einigung zwischen England und Deutschland im besonderen über das Notentbauprogramm zustande zu bringen.
Im Mai 1914 sei er dann mit Einwilligung des Präsidenten Wilson nach Berlin gereist. Er habe mit den maßgebenden Persönlichkeiten Besprechungen gehabt. Tirpitz hat sich äußerst angriffslustig geäußert. Er sei sehr feindselig gegen England eingestellt gewesen. Der Kaiser habe geäußert, Deutschland brauche eine starke Armee, da die Bajonette ganz Europas ihm entgegengerichtet seien und eine starke Flotte, um seinen Handel zu schützen. Von England habe der Kaiser mit Freundschaft und Bewunderung gesprochen. Falls England, Deutschland, Amerika zusammenkämen, sei der Weltfrieden gesichert. Deutschland erwarte England einen unerschütterlichen Dienst, indem es das Gleichgewicht der Kräfte gegenüber Rußland aufrecht erhalte. Der Kaiser wünschte der Ansicht des Obersten House bei, daß eine Einigung mit England am besten durch einen neutralen Amerikaner zu erzielen sei. (Z. 11.)

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Budapest, 11. Februar 1926.
Die an der ungarisch-rumänischen Grenze gelegene Kreisstadt Temesvár war gestern der Schauplatz einer außerordentlichen Konferenz der Kleinen Entente; die Außenminister der Entente-Staaten, Benesch, Rintischich und Duca, hatten den regulären Termin der nächsten Zusammenkunft im kommenden April nicht mehr abwarten wollen. Auf der offiziellen Tagesordnung standen sechs Punkte: 1. Besprechung der internationalen Lage im allgemeinen und ihrer Auswirkung auf die Kleine Entente. 2. Das Nachbarverhältnis zu Ungarn und die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Frankensackungssache, sowie die Stellungnahme der Kleinen Entente in der Angelegenheit vor dem Völkerbund. 3. Die durch den Locarno-Vertrag geschaffene Lage und die Frage des Abschlusses ähnlicher Verträge mit den übrigen Staaten. 4. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. 5. Die Situation der Tschecho-Slowakei und ihr Verhältnis zu den verschiedenen Nachbarn. 6. Eine Beteiligung Amerikas an der wirtschaftlichen Konsolidierung der europäischen Staaten.
Man wird aber gut daran tun, wenn man hinter den offiziellen Kommuniqué nach den eigentlichen Beweggründen dieser Ministerbesprechung sucht. Solche sind zweifellos Komplicationen der innerpolitischen Lage, die sich in allen drei Entente-Staaten offenbaren.
In der Tschecho-Slowakei ist es die zunehmende Aktionsunfähigkeit der neuen Regierungskoalition, der gegenüber durch die jüngst erlassenen Sprachverordnungen die vereinigte Opposition unter der Führung der Deutschen an innerer Härtung gewonnen hat. Auch der Zwang zur Anbringung tschechischer Aufschriften an Gebäuden, die Schaffung eines auf tschechische Interessen einseitig ausgeprägten Währungsrechts und einer ebensolchen Gewerbeordnung hat den Widerstand der Opposition noch verstärkt.
In Jugoslawien schafft wiederum das Vorgehen des kroatischen Bauernführers Raditsch eine äußerst labile innerpolitische Situation. Raditsch derzeit Unterrichtsminister im Kabinett Pašić, unternimmt unaußerselbstkritischen in ganz Jugoslawien und vermag es tatsächlich, die Bauernschaft seiner Führung zu unterstellen, dabei aber die tschechischen Intelligenzschichten sehr zu isolieren, was natürlich die Pašić-Anhänger schwer verstimmt. Inoffiziell wird man, daß der tschechische Bauernführer eine Ueberrückung vorbereitet und möglich auf Neuwahlen drängen werde. Der König Alexander und Ministerpräsident Pašić haben vor einer sehr heißen Frage; und der Außenminister Rintischich sollte nun in Temesvár sich jenen außenpolitischen Rücksicht verschaffen, der für eine schärfere politische Auseinandersetzung innerhalb Jugoslawiens notwendig ist.
In Rumänien ist es wieder der Familienzwist in der Donau, der die Lage kritisch gehalten. Das durch die Mahregelung des Kronprinzen Carol angelegte Feuer greift immer weiter um sich. Statt der Kampf der oppositionellen Parteien bisher nur dem Kabinett Brasovianu gesollt, so beunruhigt es sich nunmehr gegen die eigentlichen Schöpfer und Schirmherrscher dieses korrupten Regimes gegen die Königin Maria und ihren allmächtigen Wächter, den Prinzen Stirbey, zu wenden. Ausgeglichen wurde diese Episode des Kamotes durch den Entschluß der Regierung Brasovianu die Gemeindevahlen für die nächsten Monate auszuschieben. Man weiß, was dieser Entschluß bedeutet ist: das liberale Regime will trotz der zahlreichen Mißtrauensbeweise seitens des Königs nicht von der Macht weichen, es will die Gemeindevahlen besitzen, um sich bei ihnen mit Anwendung aller Gewalt- und Korruptionsmittel eine Mehrheit zu erzwingen, um dann vor dem König und dem Lande behaupten zu können, daß es noch immer das Vertrauen des Landes habe. Auch hier ist Duca damit beauftragt, nach außen hin Ruhe zu sichern.
Neben dem Druck der innerpolitischen Situation bildet eine gemeinsame Sorge der Kleinen Entente auch die Osttürkische Angelegenheit.
Das Interesse Sowjetrußlands für den Balkan ist in der letzten Zeit ebenso rege geworden, wie seinerzeit das Interesse des zaristischen Reiches. Der große Unterschied liegt darin, daß heute Moskau der Türkei gegenüber freundschaftlich auftritt, während die anderen Balkanstaaten durch die Dritte Internationale innerpolitisch unterwirft werden. Das große Mißtrauen Belgards gegen Raditsch ist nicht um geringeren Teile auf dessen Vergangenheit bei der Moskauer Internationale zurückzuführen; man befürchtet hier Raditsch. Auch in Rumänien ist die Moskauer Botschaft im Steigen; und besonders stark vorgeschritten ist der Kommunismus in Griechenland, wo allerdings viel schlechtere wirtschaftliche Verhältnisse bestehen als in den Staaten der Kleinen Entente.
Neben der Furcht vor der Moskauer Expansion treten zwei andere Momente, mochten sie auch indirekt durch die Prager Presse stark in den Vordergrund gehoben sein, bei den Temesvárer Beratungen stark zur Sprache: die ungarische Frankensackungssache mit ihrem irreduziblen

Der Ruhhandel um die Völkerbundsrats-Gitze.

Der gefährdeteste gemütliche Betrieb im Völkerbunde.

Genfer Beschlüsse beim Eintritt Deutschlands. (Durch Funkdruck.)
London, 12. Febr. Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post“ meldet: Deutschlands bevorstehender Eintritt bewirkt, daß der Völkerbund sich dem dramatischen Stadium seiner bisherigen Entwicklung gegenübersieht. Er sehe einem Problem gegenüber, das entweder seinen Frieden zerstören oder sein Ansehen vermehren wird. In der Weltöffentlichkeit habe man Mißtrauen bezüglich Deutschlands Eintritt und Rußlands künftiger Haltung. Trotz der scheinbaren Korrektheit der Deutschen seien es eine unbekannte Größe, die die Möglichkeit künftiger Störungen in sich schließe, und in Kreisen des Völkerbunds betrachte man in den kommenden Jahren den Völkerbund als ein Zentrum zur Austragung von Streitigkeiten, wenn Berlin von allen den Rechten Gebrauch machen werde, die ihm seine Stellung im Rate gebe. Die Tiroler Angelegenheit lasse bereits derartige Störungen vermuten. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß Italien zwar legal berechtigt zu seiner Behauptung der Tiroler sei, es müsse aber beachtet werden, daß es auf Grund einer von der Völkerbundsversammlung am 21. September 1925 angenommenen Entschliessung, für die auch Italien gestimmt habe, moralisch verpflichtet sei, seinen Minderheiten die Rücksicht zu erweisen, wie andere Nationen es bei ihren nationalen Minderheiten täten. (S. 1. 8.)

Die Stellungnahme des „Daily Telegraph“.

Einspruch gegen die Forderung Brasiliens und besonders Polens.

London, 12. Februar. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hervorhebt, sei die Kandidatur Brasiliens für den Völkerbundsrat kaum ernst zu nehmen, denn die Zusage eines Ratssitzes an Brasilien werde Schwierigkeiten zwischen Argentinien, Brasilien und Chile hervorrufen. Das liegt nicht im Interesse der Sache. Die drei Staaten könnten sich zweckmäßig untereinander über ein Wechseln des Ratssitzes einigen. Außerdem sei es mindestens paradox, wenn sie ihre Stimme über europäische Kriegs- und Friedensfragen abgeben wollten.
Der Widerstand gegen die spanische Kandidatur wäre in England viel geringer gewesen, wenn man den spanischen Wunsch nicht auf höchst unklare und unpraktische Art aufzubringen versucht hätte. Für diese Methode sei Madrid nicht verantwortlich zu machen. Man müsse allerdings anerkennen, daß Spanien die erste Wahl der Neutralen gewesen sei, die sich aktiv am Völkerbund beteiligt habe. Deshalb dürfe man wohl mit der Aufnahme Spaniens in absehbarer Zeit rechnen.
Die polnische Kandidatur stehe dagegen auf durchaus anderer Grundlage. Einige auf ihrer Unterstützung angeführte Beweisgründe hängen im Widerspruch mit dem Geist des Völkerbundsstatuts. Der Gedanke, daß Polen deshalb einen permanenten Sitz erhalten müsse, weil Deutschland auch einen bekomme und weil polnisch-deutsche Streitfälle sehr häufig wären, treffe nicht den Kern der Sache. Polen werde immer im Rat vertreten sein, wenn Streitigkeiten behandelt würden. Außerdem könne Polen solche Streitfälle stets vor die Vollversammlung bringen. Das Argument, daß Polens händige Vertretung im Rat notwendig sei, um das Gleichgewicht der Mächte zu sichern und um Deutschland zu verhindern, das englisch-französische Gleichgewicht zugunsten Englands zu verschieben, überhebe die Tatsache, daß der Zweck des Völkerbunds gerade in der Befestigung dieses alten Gleichgewichts der Mächte bestehe, das früher zwischen rivalisierenden Gruppen und Koalitionen vorhanden gewesen sei. Außerdem könne Belgien einwenden, daß, wenn einige kleinere alliierte Mächte einen händigen Sitz erhalten sollten, Polens moralische Ansprüche sehr viel besser wären als die Polens. Die polnische Forderung auf Vorzugsbehandlung habe in Belgien und einer ganzen Reihe anderer Mittelstaaten verstimmt. Man weiß darauf hin, daß, wenn Belgien um den Völkerbund für die Zusage von Zigen im Völkerbundsrat in Betracht kämen, die Qualifikation Polens, das bei mehr als einer Gelegenheit den Völkerbund verhöhnt habe, nicht als auf bezeichnet werden könnte, als die verschiedenen anderer Staaten.

Fadenscheinige Gründe für Polens Kandidatur.

Französische Stimmungsmache. (Durch Funkdruck.)

Paris, 12. Febr. Zu der Frage der Vermehrung der händigen Sitze im Völkerbundsrat schreibt das „Journal“: Man kann natürlich nicht daran denken, alle die Kandidaturen anzunehmen, die für händige Sitze vorgebracht werden, so gerechtfertigt sie auch sein mögen. Die neue Tatsache ist die Zurückweisung eines händigen Ratssitzes an Deutschland, das seinen Gehl aus seiner Absicht macht, gewisse Punkte des Friedensvertrages, nämlich, was die Ehrenrechte anlangt, in Frage zu stellen. Die Logik arbeitet, das Gleichgewicht dadurch herzustellen, daß man in den Völkerbundsrat die für die Aufrechterhaltung der Ehrenrechte am stärksten interessierten Mächte als händige Mitglieder einführt.
Frankreich vorläufig noch nicht gegen die Bestimmung der Einmütigkeit. (Durch Funkdruck.)

Paris, 12. Febr. Nach dem „Petit Journal“ hat die französische Regierung die Absicht demontiert, daß sie eine Änderung des Abstimmungsverfahrens im

Das Interesse Sowjetrußlands für den Balkan ist in der letzten Zeit ebenso rege geworden, wie seinerzeit das Interesse des zaristischen Reiches. Der große Unterschied liegt darin, daß heute Moskau der Türkei gegenüber freundschaftlich auftritt, während die anderen Balkanstaaten durch die Dritte Internationale innerpolitisch unterwirft werden. Das große Mißtrauen Belgards gegen Raditsch ist nicht um geringeren Teile auf dessen Vergangenheit bei der Moskauer Internationale zurückzuführen; man befürchtet hier Raditsch. Auch in Rumänien ist die Moskauer Botschaft im Steigen; und besonders stark vorgeschritten ist der Kommunismus in Griechenland, wo allerdings viel schlechtere wirtschaftliche Verhältnisse bestehen als in den Staaten der Kleinen Entente.
Neben der Furcht vor der Moskauer Expansion treten zwei andere Momente, mochten sie auch indirekt durch die Prager Presse stark in den Vordergrund gehoben sein, bei den Temesvárer Beratungen stark zur Sprache: die ungarische Frankensackungssache mit ihrem irreduziblen